

## SENAT

Unterlage für die 35. Sitzung des Senats der Leuphana Universität Lüneburg (9. Sitzung im Sommersemester 2008) am 17. September 2008

Drucksache-Nr.: 127/35/9 SoSe 2008

Ausgabedatum: 12. September 2008

---

**TOP 8 BERUFUNGSSORDNUNG DER LEUPHANA UNIVERSITÄT LÜNEBURG**

---

Bezug: Sitzung des Senats am 21. Mai 2008

Sitzung des Fakultätsrats II am 4. Juni 2008

Sitzungen der Fakultätsräte I und III am 2. Juli 2008

---

### Sachstand

Dem Senat lag in seiner Sitzung am 21. Mai 2008 der Entwurf einer Berufungsordnung zur Beratung und Beschlussfassung vor. Auf der Grundlage des § 26 NHG sowie der Regelungen der Grundordnung (§ 11) sollen mit dieser unter Federführung von VP Schaltegger erarbeiteten Ordnung Verfahrensabläufe und Zuständigkeiten konkretisiert werden.

Der Senat hatte am 21. Mai entschieden, zunächst die Fakultätsräte um Stellungnahme zum Entwurf der Berufungsordnung zu bitten. Diese Beratung in den Fakultätsräten ist zwischenzeitlich erfolgt (Anlage). Eine auf Basis der Stellungnahmen überarbeitete Fassung der Ordnung ist als Anlage beigefügt, wobei gem. Vorschlag der Fakultät I § 4 Abs. 3 gestrichen und die durch den Fakultätsrat II angeregten Änderungen, die sich unmittelbar auf Interessen der Fakultäten beziehen (b und e) sowie die Relativierung zu § 7 Abs. 6 (vgl. Buchstabe d des FKR-Beschlusses) umgesetzt wurden. Die vom Fakultätsrat III angeregte Ergänzung des § 4 Abs. 3 erübrigts sich durch dessen Streichung (s.o.).

Der Senat wird nunmehr unter Berücksichtigung der Voten der Fakultätsräte um Beratung der Ordnung sowie um Beschlussfassung gem. § 41 Abs. 1 Satz 1 NHG gebeten.

### Beschlussvorschlag

Der Senat beschließt gem. § 41 Abs. 1 Satz 1 die Berufungsordnung der Leuphana Universität Lüneburg in der Fassung der Anlage 4 zur Drs. Nr. 127/35/9 SoSe 2008.

### Anlagen

- 1 Stellungnahme FKR I
- 2 Stellungnahme FKR II
- 3 Stellungnahme FKR III
- 4 Berufungsordnung (Stand 10.09.08)
- 5 Auszug NHG
- 6 Auszug Grundordnung

*Rug 11/07***Auszug aus dem****vorläufigen öffentlichen Protokoll**

zur 4. ordentlichen Sitzung des Fakultätsrates  
am Mittwoch, 02.07.2008, 14.30 Uhr in Raum 1.8 UC

Top 10 Berufungsordnung

gemäß Vorlage

Es folgt eine ausführliche Diskussion.

Beschluss:

Frau Prof. Dr. Lankes und Herr Glüsen erarbeiten eine Stellungnahme des Fakultätsrates auf der Grundlage der geführten Diskussionen und senden diese an alle Mitglieder des Fakultätsrates mit der Bitte um Abstimmung.

Zeitplan:

Entwurf bis Freitag, 04.07.08, 12.00 Uhr

Entscheidung kollegiales Dekanat bis Montag, 07.07.08, dann Weitergabe an den Senat, Übersendung an Frau Claudia Meyer.

8 : 0 : 0                    einstimmig

Stellungnahme der Fakultät I zum Entwurf der Berufungsordnung vom 14. Mai 2008

Die Fakultät I begrüßt die Initiative des Präsidiums zur Verabschiedung einer gemeinsamen Berufungsordnung zur Vereinheitlichung und Beschleunigung von Berufungsverfahren und nimmt zu dem Entwurf wie folgt Stellung:

Nicht immer eindeutig geklärt erscheint das Verhältnis Präsidium – Fakultät – Institute und die Verantwortlichkeiten und Zuständigkeiten auf und zwischen diesen Ebenen. Die Fakultät I erwartet, dass die inhaltliche Ausgestaltung einer zu berufenden Professur wie bisher prinzipiell und vorrangig bei den Mitgliedern eines Arbeitsbereichs, Faches bzw. Institutes liegt und deshalb eine Ausschreibung von den Fachexpertinnen und Fachexperten der Leuphana Universität Lüneburg erarbeitet wird.

§ 4 (3) ist ein Auszug aus dem NHG, steht damit über der Berufungsordnung und ist aus diesem Grunde verzichtbar. Die Fakultät I erwartet, dass der Paragraph 26 (3) des NHG nur in Ausnahmefällen und nach eingehender Begründung durch das Präsidium angewendet wird.



Prof. Dr. Colla

Dekan

**Auszug aus dem Protokoll der Sitzung des Fakultätsrats II am 4. Juni 2008**

**Top 9. Berufungsordnung (Drucksache 5/3 SS 2008)**

Folgende Änderungen der Berufungsordnung werden durch den Fakultätsrat einstimmig beschlossen:

- a) § 1, Absatz 3, Nr. 17, „Benennung externer Expertinnen“... streichen.
- b) § 2, Absatz 4, Satz 1, mehr als zwei Monate „ohne wesentliche von der Fakultät zu vertretende Verzögerungen“ einfügen; „oder einer anderen Fakultät oder einer zentralen Einrichtung (z.B. Gleichstellungsbüro) zuweisen“ streichen.
- c) § 3, Absatz 5, Nr. 4, Vorschlagsrecht Präsidium streichen.
- d) § 7, Absatz 6, Inhalte der persönlichen Vorstellung der Kandidaten „sind“, sind streichen, dafür „können sein“ einfügen.
- e) § 10, Absatz 3, Satz 1, kann das Präsidium „unter Abstimmung mit der Fakultät“ einfügen.

Von: "hoffmann, ulrich" <ulrich.hoffmann@uni-lueneburg.de>  
Betreff: **Stellungnahme des Fakultätsrats III zur Berufungsordnung**  
Datum: 5. Juli 2008 11:43:07 MESZ  
An: Sascha Spoun <sascha.spoun@leuphana.de>  
Kopie: claudia.meyer@leuphana.de, otromike@uni.leuphana.de, ulrich.hoffmann@uni-lueneburg.de, schottke@uni-lueneburg.de

Sehr geehrter Herr Präsident, lieber Herr Spoun,

der Fakultätsrat der Fakultät III hat in seiner Sitzung am 2. Juli 2008 die "Berufungsordnung für die Berufung von Professorinnen und Professoren sowie Juniorprofessorinnen und Juniorprofessoren an die Leuphana Universität Lüneburg, Entwurf Stand 14. Mai 2008" kontrovers diskutiert. Insbesondere §4(3) war Gegenstand einer eingehenden Diskussion. Der Fakultätsrat nimmt jedoch zur Kenntnis, dass dieser Passus dem NHG entnommen wurde und somit nicht ohne weiteres durch Gremienbeschluss geändert werden kann. Allerdings macht das NHG keine detaillierte Aussage darüber, unter welchen Umständen und in welcher Regelmäßigkeit diese Bestimmung angewendet werden kann.

Der Fakultätsrat bittet daher das Präsidium, in §4(3) der Berufungsordnung aufzunehmen, dass diese Regelung "nur in begründeten Ausnahmefällen" Anwendung findet. Ansonsten wird die Berufungsordnung zustimmend zur Kenntnis genommen (Abstimmung 10:0:2).

Mit freundlichen Grüßen,

U. Hoffmann

Prof. Dr. rer. nat. Ulrich Hoffmann  
Dekan der Fakultät III (Umwelt und Technik)  
Leuphana Universität Lüneburg Tel.: ++49-(0)4131-677-5151, -5310  
Volgershall 1 Fax: ++49-(0)4131-677-5140  
D-21339 Lüneburg E-Mail: [ulrich.hoffmann@uni-lueneburg.de](mailto:ulrich.hoffmann@uni-lueneburg.de)  
Germany [ulrich.hoffmann@leuphana.de](mailto:ulrich.hoffmann@leuphana.de)

## BERUFUNGSORDNUNG

für die Berufung von Professorinnen und Professoren  
sowie Juniorprofessorinnen und Juniorprofessoren  
an die Leuphana Universität Lüneburg

| Entwurf, Stand 14. Mai; 10. September 2008

### Präambel

Die Leuphana Universität Lüneburg trifft mit der nachfolgenden Berufungsordnung gemäß § 11 Abs. 3 S. 6 der Grundordnung der Leuphana Universität Lüneburg (GO) nähere Regelungen über das Berufungsverfahren von Professorinnen und Professoren sowie Juniorprofessorinnen und Juniorprofessoren.

Die Berufungsordnung orientiert sich explizit an den Empfehlungen der Wissenschaftlichen Kommission Niedersachsen (WKN, Empfehlungen zur Qualitätssicherung von Berufungsverfahren in Universitäten und Hochschulen, Hannover, März 2005), den wissenschaftlichen Standards der Deutschen Forschungsgemeinschaft (DFG), den Empfehlungen der HRK „Frauen fördern. Empfehlungen zur Verwirklichung von Chancengleichheit im Hochschulbereich“ vom 14. 11. 2006, den Empfehlungen des Wissenschaftsrates zur Ausgestaltung von Berufungsverfahren vom 20. 05. 2005 und den Empfehlungen des Wissenschaftsrates zur Chancengleichheit von Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftlern vom 13. 07. 2007.

Die Leuphana Universität Lüneburg setzt sich das Ziel, mit der Besetzung von neuen Professuren Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler mit einem sehr hohen wissenschaftlichen Niveau und hoher wissenschaftlicher Produktivität an die Hochschule zu binden. Die Ausprägung wissenschaftlicher Exzellenz richtet sich nach dem Profil der ausgeschriebenen Professur als traditionelle Forschungs- und Lehrprofessur, als Forschungsprofessur, als Lehrprofessur oder als Transferprofessur.

Die vorliegende Berufungsordnung regelt das Berufungsverfahren mit dem Ziel, höchsten Qualitätsansprüchen hinsichtlich Transparenz, Effektivität und Effizienz sowie den Grundsätzen der Gleichstellung gerecht zu werden.

### § 1 Denomination und Funktionsprüfung

- (1) Die Denomination und Funktion einer neu einzurichtenden Professur oder Juniorprofessur an der Leuphana Universität Lüneburg werden nach Anhörung der Dekanekonferenz vom Präsidium unter beratender Beteiligung der Gleichstellungsbeauftragten gem. § 42 Abs. 2 S. 2 NHG mit Bezug auf den geltenden Struktur- und Entwicklungsplan und den Gleichstellungsplan beschlossen.
- (2) <sup>1</sup>Hinsichtlich der Denomination und Funktion einer wieder zu besetzenden Professur oder Juniorprofessur entscheidet das Präsidium der Leuphana Universität Lüneburg nach Anhörung der Dekanekonferenz jeweils grundsätzlich, ob
1. die Professur unter Beibehaltung der bisherigen Denomination, Funktionsbeschreibung und Wertigkeit wieder besetzt oder
  2. die Professur unter Änderung der Denomination und/oder Funktionsbeschreibung und/oder Wertigkeit wieder besetzt oder
  3. die Professur nicht wieder besetzt
- werden soll. <sup>2</sup>Im Falle einer Wiederbesetzung der Professur beauftragt das Präsidium die Dekanin oder den Dekan der zuständigen Fakultät, einen Denominationsvorschlag vorzulegen. <sup>3</sup>Hat die Professur fachliche Bezüge zu mehreren Fakultäten, so erfolgt eine Abstimmung der Dekane der beteiligten Fakultäten oder es wird ein Denominationsvorschlag seitens des Präsidiums erstellt. <sup>4</sup>Der Denominationsvorschlag basiert auf einer Beo-

bachtung und Analyse des Fachgebiets und des potenziellen Bewerberinnen- und Bewerberfeldes und umfasst ggf. die Identifikation von Benchmarkingkandidatinnen und -kandidaten durch die Vertreterinnen und Vertreter des Faches oder im Falle einer interdisziplinär angelegten Professur der beteiligten Fächer.

- (3) <sup>1</sup>Als zentrales Instrument der Qualitätssicherung und zur Erhöhung der Transparenz des Berufungsverfahrens ist der Denominationsvorschlag mit einem durch das Dekanat der betroffenen Fakultät oder das Präsidium entwickelten Profilpapier zu begründen und zu spezifizieren. <sup>2</sup>Die für das Profilpapier verantwortliche Stelle ist verpflichtet nachzuweisen, dass die Vorstellungen der Professorinnen und Professoren, die in dem betroffenen Wissenschaftsfeld tätig sind, hinsichtlich der Anforderungen und der Ausrichtung der zu besetzenden Professur im Profilpapier berücksichtigt wurden. <sup>3</sup>In dem Profilpapier werden die relevanten inhaltlichen Eckdaten sowie die Einbindung der Professur in den langfristigen Struktur- und Entwicklungsplan dargelegt (§ 11 Abs. 1 S. 5 GO). <sup>4</sup>Im Einzelnen werden im Profilpapier folgende Punkte ausgeführt:
1. Denomination der Professur oder Juniorprofessur
  2. Dotierung der Professur (W2 oder W3)
  3. Dauer, auf die die Professur angelegt ist, d.h. Berufung auf Dauer oder Berufung auf Zeit (gem. § 28 NHG). Bei Juniorprofessuren ggf. eine Aussage über die Möglichkeit eines „Tenure Track“.
  4. Nennung des Profils der Professur (Lehr- und Forschungsprofessur, Forschungs-, Lehr- oder Transferprofessur)
  5. Zuordnung zu einem Forschungs-, Lehr- und/oder Transferschwerpunkt der Leuphana Universität Lüneburg und eine explizite Bezugnahme auf Empfehlungen externer Evaluationen
  6. Einordnung des Fachgebietes national und international
  7. Einschätzung der Bewerber/innenlage
  8. Begründung des Profils der Professur
    - 8.1 (Fächerspezifischer) Bedarf, Ausrichtung und Interdisziplinarität (ggf. auch Kooperationsmöglichkeiten innerhalb der Leuphana Universität Lüneburg oder mit Nachbarhochschulen)
    - 8.2 Von der Professur erwarteter Beitrag zur Forschung
    - 8.3 Von der Professur erwarteter Beitrag zur Lehre (inhaltlich, Lehrform und Semesterwochenstunden)
    - 8.4 Erwarteter Beitrag zum Transfer
    - 8.5 Erwartete Beiträge zur Entwicklung der Leuphana Universität Lüneburg und zur Entwicklung der positiven und konstruktiven Zusammenarbeit im Kollegenkreis und der betroffenen Hochschullehrergruppe
  9. Entwicklung und Perspektive der Auslastung der Studiengänge, in denen die Professur lehrt
  10. Stellungnahme zur Berücksichtigung des Gleichstellungsauftrages (gem. § 21 Abs. 3 S. 2 NHG)
  11. Stellungnahme zur Schwerbehindertenförderung (gem. SGB IX)
  12. Einschätzung der Investitions- und Personalmittel
  13. Weitere Erwartungen und formale Einstellungsvoraussetzungen
  14. Stellungnahme zu den Evaluationskriterien
  15. Finanzierung der Professur
  16. Dringlichkeit
  17. Benennung externer Expertinnen und Experten zur Begutachtung von Bewerbungen

<sup>1</sup>Die Inhalte des Professurenprofils werden aus der Struktur- und Entwicklungsplanung der Leuphana Universität Lüneburg abgeleitet. <sup>2</sup>Dementsprechend ist das Profilpapier in Abstimmung mit dem Präsidium zu erstellen und vom Präsidium abschließend zu genehmigen.

## § 2 Fristen

- (1) Zur Gewährleistung einer nahtlosen Besetzung von Professuren ist das Berufungsverfahren so zu organisieren und zu terminieren, dass im Regelfall der Bewerbung geeigneter Kandidatinnen und Kandidaten, spätestens innerhalb von zwölf (12) Monaten nach Einrichtung, Zuweisung oder unplanmäßigem Freiwerden einer Stelle,

einer Bewerberin oder einem Bewerber der Ruf als Professorin oder Professor oder Juniorprofessorin oder Juniorprofessor an die Leuphana Universität Lüneburg erteilt werden kann.

- (2) <sup>1</sup>Wird eine Stelle frei, weil die Inhaberin oder der Inhaber die Altersgrenze erreicht, soll der Vorschlag zur Ausschreibung im Hinblick auf die inhaltliche und strukturelle Hochschulplanung spätestens achtzehn (18) Monate vor Freiwerden der Stelle in den für den Berufungsprozess verantwortlichen Gremien diskutiert werden. <sup>2</sup>Wird eine Wiederbesetzung beschlossen, so muss die Stellenausschreibung spätestens zwölf (12) Monate vor Freiwerden der Stelle erfolgen und der Berufungsvorschlag dem Stiftungsrat zehn (10) Wochen vor Freiwerden der Stelle vorgelegt werden. <sup>3</sup>In begründeten Fällen entscheidet das Präsidium über eine Verkürzung der Frist.
- (3) In durch das Dekanat der jeweiligen Fakultät oder das Präsidium der Leuphana Universität Lüneburg besonders zu begründenden Fällen besteht die Möglichkeit einer vorgezogenen Besetzung von Professuren.
- (4) <sup>1</sup>Werden die in Abs. 1 und Abs. 2 genannten Fristen um mehr als zwei Monate ohne wesentliche von der Fakultät zu vertretende Gründe überschritten, kann das Präsidium die Stelle auch einer anderen Lehr- und Forschungseinheit ~~oder einer anderen Fakultät oder einer zentralen Einrichtung (z.B. Gleichstellungsbüro)~~ zuweisen. <sup>2</sup>Vor der Zuweisung an eine andere Fakultät sind die betroffenen Fakultäten anzuhören.
- (5) Als wesentliche Gründe für eine Nichteinhaltung von Fristen gelten insbesondere eine negative Beurteilung der eingereichten Bewerbungen im Hinblick auf eine geeignete Stellenbesetzung oder Änderungen in der Struktur- und Entwicklungsplanung.

### § 3 Ausschreibungsverfahren

- (1) Die Ausschreibung soll gem. § 11 Abs. 1 S. 3 GO nur erfolgen, wenn die Analyse potenzieller Bewerberinnen und Bewerber eine qualifizierte Besetzung der Stelle im vorgesehenen Zeitrahmen erwarten lässt.
- (2) <sup>1</sup>Der Fakultätsrat verabschiedet gem. § 11 Abs. 1 S. 4 GO einen fachlich begründeten Entwurf des Ausschreibungstextes. <sup>2</sup>Der Ausschreibungstext beinhaltet mindestens folgende Punkte:
  1. Denomination der (Junior-) Professur und Professurenprofil und Dotierung
  2. Dauer, auf die die Professur angelegt ist, d.h. Berufung auf Dauer oder Berufung auf Zeit. Bei Juniorprofessuren ggf. Aussage über die Möglichkeit eines „Tenure Track“.
  3. Aufgabenbereich und Anforderungen an die Bewerberinnen und Bewerber,
  4. vorgesehene Zuordnung der Professur zu einem Forschungs-, Lehr- und/oder Transferschwerpunkt,
  5. Zeitpunkt der Besetzung,
  6. Hinweis auf die von den Bewerberinnen und Bewerbern einzureichenden Unterlagen (Anschreiben, Lebenslauf und wissenschaftlicher Werdegang, Veröffentlichungsliste, durchgeführte Lehrveranstaltungen, beruflicher Werdegang, durchgeführte Praxis- und Transferprojekte, Urkunden des abgeschlossenen Hochschulstudiums, der Promotion, ggf. der Habilitation oder habilitationsadäquater Leistung
  7. Hinweis, dass die Bewerbung an das Präsidium zu richten ist,
  8. Hinweis, dass Wissenschaftlerinnen besonders eingeladen sind, sich zu bewerben und sie bei gleichwertiger Qualifikation nach Maßgabe von § 21 Abs. 3 S. 2 NHG bevorzugt werden,
  9. Hinweis, dass Schwerbehinderte bei gleicher Eignung, Befähigung und fachlicher Leistung bevorzugt berücksichtigt werden.
- (3) Der Ausschreibungstext wird der Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten und dem/der Schwerbehindertenbeauftragten mit der Information zu den geplanten Veröffentlichungsorten zur Kenntnisnahme vorgelegt.
- (4) Das Präsidium verabschiedet nach der Kenntnisnahme durch die Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte und den/die Schwerbehindertenbeauftragte/n sowie nach Beteiligung der Dekane-Konferenz den

Ausschreibungstext und veranlasst die öffentliche Ausschreibung der Stelle (§ 26 Abs. 1 Satz 1 NHG; § 11 Abs. 1 Satz 1 GO) in geeigneter Form in einschlägigen nationalen und ggf. auch internationalen Printmedien und elektronischen Medien, so dass der Kreis potenzieller Bewerberinnen und Bewerber möglichst vollständig erreicht werden kann

- (5) <sup>1</sup>Neben der öffentlichen Ausschreibung können zur Rekrutierung (internationaler) Bewerberinnen und Bewerber und insbesondere berufsfähiger Wissenschaftlerinnen auch „aktive Rekrutierungsmaßnahmen“, wie beispielsweise eine persönliche Aufforderung zur Bewerbung, oder die aktive Informationssuche nach Instituten und Professoren, die in dem gesuchten Fachgebiet tätig sind, ergriffen werden. <sup>2</sup>Aktive Rekrutierungsmaßnahmen sind von der Berufungskommission in Absprache mit dem Präsidium oder vom Präsidium durchzuführen und protokollarisch zu dokumentieren, wobei die ergriffenen aktiven Rekrutierungsmaßnahmen qualifizierter Wissenschaftlerinnen explizit zu dokumentieren sind. <sup>3</sup>Darüber hinaus können der Berufungskommission qualifizierte Personen, die für die Besetzung der Stelle infrage kommen,
1. von den Mitgliedern der Berufungskommission
  2. vom Dekanat der Fakultät
  3. von der Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten
  4. vom Präsidium
- vorgeschlagen werden. <sup>4</sup>Die auf Basis einer aktiven Rekrutierungsmaßnahme oder eines Vorschlags eingegangenen Bewerbungen und die Bewerbungen, die auf die öffentliche Ausschreibung in einschlägigen Organen eingehen, werden gleich behandelt.
- (6) <sup>1</sup>Geht auf die Ausschreibung nicht wenigstens eine hinreichend qualifizierte Bewerbung ein, und gelingt es der Berufungskommission nicht, weitere qualifizierte Personen, die für die Besetzung der Stelle infrage kommen könnten, anzusprechen oder vorzuschlagen, wird das Verfahren vom Präsidium beendet und ggf. in Absprache mit der Dekanin oder dem Dekan über eine Neu- oder Wiederholungsausschreibung entschieden. <sup>2</sup>Die Berufungskommission ist zuvor anzuhören.
- (7) <sup>1</sup>Eine erneute Ausschreibung wird wie eine erste Ausschreibung behandelt. <sup>2</sup>Die Prüfung nach § 3 Abs. 1 muss nicht wiederholt werden, wenn seit der Feststellung des letzten Prüfungsergebnisses nicht mehr als 12 Monate vergangen sind.

## § 4 Berufungskommission

- (1) <sup>1</sup>Der Fakultätsrat der Fakultät, dem die Professur fachlich zugeordnet ist, bildet zeitgleich mit der Ausschreibung im Einvernehmen mit dem Präsidium eine Berufungskommission mit fünf stimmberechtigten Mitgliedern, von denen drei der Hochschullehrergruppe und je ein Mitglied der Mitarbeiter- und Studierendengruppe angehören. <sup>2</sup>Gem. § 26 Abs. 2 NHG sollen mindestens 40 vom Hundert ihrer stimmberechtigten Mitglieder Frauen sein; das Präsidium entscheidet über Ausnahmen gem. § 26 Abs. 2 S. 5 NHG nach Zustimmung der Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten. <sup>3</sup>Dabei gilt der Grundsatz, dass die fachliche Kompetenz der Berufungskommissionsmitglieder wichtiger ist als die Erfüllung der Quote. <sup>4</sup>Ein Mitglied der MTV-Gruppe gehört der Berufungskommission mit beratender Stimme an. <sup>5</sup>Die Dekanin oder der Dekan der Fakultät nimmt ohne Stimmrecht als beratendes Mitglied an den Sitzungen der Berufungskommission teil. <sup>6</sup>Jeder Berufungskommission muss gem. § 26 Abs. 2 S. 3 NHG in der Hochschullehrergruppe mindestens ein auswärtiges Mitglied angehören; hiervon können gem. § 11 Abs. 2 S. 6 GO mit Zustimmung des Präsidiums Ausnahmen zugelassen werden.
- (2) <sup>1</sup>Hat die Professur fachliche Bezüge zu mehreren Fakultäten, kann gem. § 11 Abs. 2, S. 4 GO eine aus zehn stimmberechtigten Mitgliedern bestehende Kommission gebildet werden (große Berufungskommission), von denen sechs der Hochschullehrergruppe und je zwei der Mitarbeiter- und Studierendengruppe angehören; zwei Mitglieder der MTV-Gruppe gehören einer solchen Berufungskommission mit beratender Stimme an. <sup>2</sup>Die Entscheidung über die Bildung einer großen Berufungskommission sowie darüber, welche Fakultäten mit wie vie-

len Mandaten in welcher Gruppe zu beteiligen sind, trifft das Präsidium im Benehmen mit der Dekanekonferenz.

(1)<sup>1</sup>Wenn eine Fakultät aus Gründen der Hochschulentwicklung oder zur Qualitätssicherung insgesamt oder in einem wesentlichen Teil grundlegend neu strukturiert werden soll, so kann das Präsidium gem. § 26 Abs. 3 NHG nach Anhörung des Senats und im Einvernehmen mit dem Stiftungsrat beschließen, dass hierfür die Berufungskommission abweichend von Absatz 1 ausschließlich mit externen Professorinnen und Professoren sowie mit gleichermaßen geeigneten Personen besetzt werden kann.<sup>2</sup>In einem solchen Fall gehört der Berufungskommission im Übrigen je eine Vertreterin oder ein Vertreter der Mitarbeiter- und Studierendengruppe als nicht stimmberechtigtes Mitglied an.<sup>3</sup>Die Berufungskommission gibt gegenüber dem Präsidium eine Empfehlung ab, zu der der Fakultätsrat, der Senat und die Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte Stellung nehmen.

(4)(3)<sup>1</sup>Bei der Besetzung von Stiftungsprofessuren kann eine Vertreterin oder ein Vertreter des jeweiligen Stifters bzw. der Stifterin als beratendes, nicht stimmberechtigtes Mitglied der Berufungskommission mitwirken.<sup>2</sup>In Ausnahmefällen, wenn beispielsweise die Satzungen der Förderinstitutionen eine stimmberechtigte Teilnahme einer Stiftungsvertretung bei der Berufungskommission vorschreiben, kann diese durch einen Beschluss des Präsidiums der Leuphana Universität Lüneburg erfolgen.

(5)(4)<sup>1</sup>Die Dekanin oder der Dekan informiert die Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte der Leuphana Universität Lüneburg auf Basis der Wahlvorschläge für die Berufungskommission über die geplante Besetzung der Berufungskommission.<sup>2</sup>Die Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte erhält vor der Wahl der Berufungskommission Gelegenheit, Mitglieder vorzuschlagen. Dabei berücksichtigt sie die Vorgaben von § 26 Abs. 2 S. 5 NHG. Die Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte ist gem. § 42 Abs. 3 S. 2 NHG wie ein Mitglied zu den Sitzungen zu laden, in denen sie im Rahmen ihrer Teilnahme Antrags- und Rederecht hat.<sup>3</sup>Sie erhält die Protokolle zu den Sitzungen.<sup>4</sup>Die ihr bekannt gewordenen Informationen behandelt die Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte vertraulich.

(6)(5) Die Berufungskommission wird mit dem Beschluss des Präsidiums über den Berufungsvorschlag automatisch aufgelöst.

## § 5 Geschäftsführung der Berufungskommission

- (1) Die Berufungskommission wählt aus der Mitte der ihr angehörenden stimmberechtigten und beratenden Mitglieder eine Vorsitzende oder einen Vorsitzenden (§ 11 Abs. 2 S. 3 GO). Die Berufungskommission ist beschlussfähig, wenn die Sitzung (gem. § 2 Abs. 3 Geschäftsordnung des Senats (GeschO des Senats)) ordnungsgemäß mindestens sieben Tage vor der Sitzung einberufen wurde und mindestens die Hälfte ihrer stimmberechtigten Mitglieder anwesend ist oder bei Entscheidungen im Umlaufverfahren gemäß Regelung des Umlaufverfahrens in Abs. 4.
- (2) <sup>1</sup>Die Berufungskommission tagt nicht öffentlich. <sup>2</sup>Die Mitglieder der Berufungskommission sowie Protokoll führende Personen, die nicht selbst Mitglieder der Berufungskommission sind, sind zur Verschwiegenheit verpflichtet. <sup>3</sup>Die oder der Vorsitzende der Berufungskommission weist die Mitglieder der Berufungskommission und Protokoll führende Personen ausdrücklich auf die Vertraulichkeit hin und macht dies aktenkundig. <sup>4</sup>Von jeder Kommissionssitzung und jeder im Umlaufverfahren getroffenen Entscheidung wird ein Ergebnisprotokoll angefertigt.
- (3) <sup>1</sup>Entscheidungen, die die Berufung von Professorinnen und Professoren unmittelbar betreffen, bedürfen gem. § 16 Abs. 3 S. 2 NHG und § 5 Abs. 3 der GeschO des Senates neben der Mehrheit des Gremiums oder Organs, die sich mit dem Berufungsverfahren befassen auch der Mehrheit der dem Gremium oder Organ gehörenden Mitglieder der Hochschullehrergruppe. <sup>2</sup>Kommt danach ein Beschluss auch im zweiten Abstimmungsgang nicht zustande, so entscheiden die dem Gremium oder Organ gehörenden Mitglieder der Hochschullehrergruppe abschließend.

- (4) <sup>1</sup>Abstimmungen können ausnahmsweise auch im Umlaufverfahren durch schriftliche Stimmabgabe oder Stimmabgabe per E-Mail erfolgen, wenn kein Mitglied der Berufungskommission diesem Verfahren widerspricht. <sup>2</sup>Dabei gilt eine Mindestumlaufzeit von zwei (2) Wochen.
- (5) Die Ergebnisse der Abstimmungsverfahren der Gremien und Organe, die sich mit dem Berufungsverfahren befassen, sind getrennt nach Gruppenzugehörigkeit der Gremienmitglieder zu dokumentieren.

## § 6 **Berufungsbeauftragte / Berufungsbeauftragter**

- (1) <sup>1</sup>Die Berufungskommission wird unterstützt durch eine Berufungsbeauftragte/einen Berufungsbeauftragten. Das Präsidium richtet hierzu eine Stabsstelle ein oder beauftragt eine geeignete Person mit der nebenamtlichen Wahrnehmung dieser Funktion.
- (2) <sup>1</sup>Die oder der Berufungsbeauftragte stellt die für eine zeitgerechte Abwicklung des Berufungsverfahrens erforderliche Abstimmung mit dem Personaldezernat, dem Justiziariat und anderen ggf. zu informierenden bzw. einzubindenden Verwaltungseinheiten sowie zwischen den am Berufungsverfahren beteiligten Gremien sicher. <sup>2</sup>Die/Der Berufungsbeauftragte trägt dabei Sorge für die Rechtmäßigkeit des Berufungsverfahrens und erbittet im Bedarfsfall Informationen und Stellungnahmen des Personaldezernats und/oder des Justiziariats zu personal- und/oder verfahrensrechtlichen Fragen. <sup>3</sup>Sie oder er ist Ansprechperson für Bewerberinnen und Bewerber zu allen Verfahrensfragen und informiert diese - je nach Verfahrensstand in Abstimmung mit dem Vorsitzenden der Berufungskommission oder dem Präsidenten - regelmäßig über den Stand des Verfahrens. <sup>4</sup>Bei extern besetzten Berufungskommissionen übernimmt die oder der Berufungsbeauftragte die Koordinationsfunktion im Verfahren und die Berichterstattung an das Präsidium.
- (3) An den Sitzungen der Berufungskommissionen kann die oder der Berufungsbeauftragte als nicht stimmberechtigtes Mitglied beratend teilnehmen.

## § 7 **Auswahlverfahren**

- (1) <sup>1</sup>Die im Präsidium eingegangenen Bewerbungen werden an die Vorsitzende oder den Vorsitzenden der Berufungskommission geleitet. <sup>2</sup>Die oder der Vorsitzende der Berufungskommission stellt die Unterlagen allen Mitgliedern der Berufungskommission zu Verfügung, die eine vergleichende Durchsicht der Unterlagen vornehmen. <sup>3</sup>Die Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte kann gem. § 42 Abs. 3 S. 2 NHG in alle Unterlagen von Bewerberinnen und Bewerbern und anderen, für die Stelle infrage kommenden Personen, Einsicht nehmen. <sup>4</sup>Sie ist zur Verschwiegenheit verpflichtet.
- (2) Geben sich Bewerberinnen und/oder Bewerber als schwerbehindert zu erkennen, ist unverzüglich die/der Schwerbehindertenbeauftragte zu informieren. Ihr oder ihm ist Gelegenheit zur Einsichtnahme in alle Unterlagen von Bewerberinnen und Bewerbern und anderen, für die Stelle infrage kommenden Personen sowie zur beratenden Teilnahme an den Sitzungen der Berufungskommission zu geben. Sie oder er ist zur Verschwiegenheit verpflichtet.
- (3) <sup>1</sup>Die Berufungskommission wählt aus den Bewerberinnen und Bewerbern, ggf. unter Berücksichtigung anderer qualifizierter Personen, Kandidatinnen und/oder Kandidaten aus, die den Anforderungen des Professurenprofils entsprechen. <sup>2</sup>Bei der Protokollierung des Auswahlverfahrens werden die Gründe, aus denen Bewerberinnen und Bewerber im weiteren Verfahren keine Berücksichtigung finden, explizit dargelegt.
- (4) <sup>1</sup>Gemäß § 26 Abs. 4 S. 5, 6 NHG können bei einer Berufung auf eine Professur Juniorprofessorinnen und Juniorprofessoren der eigenen Hochschule nur dann berücksichtigt werden, wenn sie nach der Promotion die Hoch-

schule gewechselt hatten, mindestens zwei Jahre außerhalb der berufenden Hochschule wissenschaftlich tätig waren oder einen gleichwertigen Ruf einer anderen Universität vorweisen können.<sup>2</sup>Bei der Berufung auf eine Professur können Mitglieder der eigenen Hochschule nur bei besserer Eignung als andere Bewerberinnen und Bewerber und bei Vorliegen der Voraussetzungen des Satzes 1 berücksichtigt werden.

- (5) <sup>1</sup>Aus der Gruppe der Kandidatinnen und Kandidaten, die den Anforderungen des Professurenprofils und dem NHG entsprechen, werden i. d. R. bis zu sechs (6) Personen eingeladen, sich persönlich in der Hochschule vorzustellen. <sup>2</sup>Bei der Auswahl dieser Kandidatinnen und/oder Kandidaten finden geltende Sonderregelungen (Richtlinien zur Frauenförderung, Schwerbehindertengesetz) Beachtung. <sup>3</sup>In von der Berufungskommission begründeten Ausnahmefällen können auch weniger Kandidaten eingeladen werden.

- | (6) <sup>1</sup>Inhalte der persönlichen Vorstellung der Kandidaten sind in der Regel:
1. ein mindestens eine Woche vor Termin hochschulöffentlich angekündigter wissenschaftlicher Vortrag oder eine fachübliche Präsentation eigener Forschungsergebnisse,
  2. eine hochschulöffentliche Vorstellungskomponente mit Lehrbezug,
  3. eine Diskussion mit der -Berufungskommission und anderen Hochschulmitgliedern, in der die Bewerberin oder der Bewerber ihr/sein verfolgtes grundlegendes Forschungs-, Lehr- und Transferkonzept darlegt und in Gegenüberstellung mit den Erwartungen aus dem Professurenprofil diskutiert (öffentlicher Teil),
  4. eine nichtöffentliche Diskussion mit der Berufungskommission, in der unter anderem das Forschungs- und Lehrprofil, die Ausstattungsvorstellungen und weitere Fragen der Bewerberin oder des Bewerbers angesprochen werden,
  5. ein Rundgang durch die Universität und Gespräche, insbesondere hinsichtlich der kollegialen Einbindung und der Vision einer möglichen persönlichen Zusammenarbeit mit dem zukünftigen Kollegium.

<sup>2</sup>Allen Kandidatinnen und Kandidaten sind die gleichen Vorstellungsbedingungen einzuräumen. <sup>3</sup>In die Organisation und Auswertung der Vorstellungskomponente mit Lehrbezug, die der Beurteilung der didaktischen Fähigkeiten dient, wird die Studierendenvertretung einbezogen.

- (7) <sup>1</sup>Für diejenigen Bewerberinnen und Bewerber, die in den Berufungsvorschlag aufgenommen werden sollen, muss die Berufungskommission unmittelbar nach dem letzten Vortrag, spätestens jedoch nach zwei Wochen mindestens zwei vergleichende Gutachten von auswärtigen und unabhängigen Universitätsprofessorinnen und -professoren einholen (§ 26 Abs. 4 S. 2 NHG). <sup>2</sup>Dabei soll im Vorfeld abgeklärt werden, dass die Gutachten innerhalb von längstens zwei Monaten erstellt und zugesandt werden können. <sup>3</sup>Die Gutachterinnen und/oder Gutachter werden von der Berufungskommission bestimmt. <sup>4</sup>Sie dürfen weder Mitglied der Leuphana Universität Lüneburg noch externe Mitglieder der Berufungskommission sein. <sup>5</sup>Das Präsidium kann selbstständig zusätzliche Gutachten einholen. <sup>6</sup>Wenn darüber hinaus Einzelgutachten eingeholt werden, soll höchstens ein Referenzvorschlag der Bewerberinnen und Bewerber berücksichtigt werden. <sup>7</sup>Den Gutachterinnen und Gutachtern darf ein in Aussicht gestellter Listenplatz nicht mitgeteilt werden. <sup>8</sup>Auf Gutachten im Sinne des Satzes 1 kann gem. § 26 Abs. 4 S. 3 NHG verzichtet werden, wenn der Berufungskommission mindestens drei externe Mitglieder angehören.

- (8) <sup>1</sup>Ist binnen zwei Monaten nach Anforderung ein Gutachten nicht eingegangen, prüft die Berufungskommission, ob eine andere Gutachterin oder ein anderer Gutachter beteiligt werden soll. <sup>2</sup>Liegen binnen drei Monaten nach dem letzten Vortrag die zwei Gutachten noch nicht vor, so bestimmt der/die Vorsitzende der Berufungskommission neue Gutachterinnen und Gutachter und setzt diesen eine Frist von zwei Monaten. <sup>3</sup>Liegen binnen fünf Monaten nach dem letzten Vortrag die zwei Gutachten noch nicht vor, bestimmt das Präsidium die Gutachterinnen und Gutachter und setzt diesen eine Frist von zwei Monaten.

- (9) <sup>1</sup>Der Vorsitzende der Berufungskommission stellt die Gutachten nach Eingang umgehend allen Mitgliedern der Berufungskommission zur Verfügung. <sup>2</sup>Die Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte hat das Recht zur Einsichtnahme in die Gutachten. <sup>3</sup>Sie ist zur Verschwiegenheit verpflichtet.

**§ 8  
Berufungsvorschlag**

- (1) <sup>1</sup>Spätestens zwei Wochen nach Eingang aller Gutachten gibt die Berufungskommission gegenüber dem Fakultätsrat eine Empfehlung für einen Berufungsvorschlag mit Rangfolge ab (gem. § 26 Abs. 2 S. 6 NHG, und § 11 Abs. 2 S. 7 GO), von in der Regel drei Kandidatinnen und/oder Kandidaten, die sie für uneingeschränkt berufbar hält. <sup>2</sup>In von der Berufungskommission begründeten Ausnahmefällen kann ein kürzerer Berufungsvorschlag erstellt werden. <sup>3</sup>Dabei stimmt die Berufungskommission über die Vergabe eines jeden Listenplatzes getrennt in geheimer Abstimmung ab und dokumentiert die Ergebnisse der Abstimmung im Einzelnen. <sup>4</sup>Der Berufungsvorschlag und insbesondere die Rangfolge sind von der Berufungskommission schriftlich zu begründen. <sup>5</sup>Dabei ist gem. § 26 Abs. 4 S. 1 NHG die persönliche Eignung und fachliche Leistung besonders in der Lehre eingehend und vergleichend zu würdigen und gegebenenfalls durch Unterlagen über die pädagogische Eignung zu untermauern. <sup>6</sup>Dies erfolgt federführend durch die Vorsitzende oder den Vorsitzenden der Berufungskommission.
- (2) <sup>1</sup>Die Empfehlung der Berufungskommission für den Berufungsvorschlag ist dem Fakultätsrat zur Beschlussfassung in der nächst möglichen nichtöffentlichen Sitzung vorzulegen. <sup>2</sup>Findet keine Fakultätsratssitzung innerhalb von acht (8) Wochen statt, so ist eine außerordentliche Fakultätsratssitzung einzuberufen. <sup>3</sup>Die Bewerbungsunterlagen, einschließlich der der Berufungskommission vorliegenden Unterlagen aller Listenkandidatinnen und/oder -kandidaten, werden dem Fakultätsrat über den zuständigen Dekan von der Berufungskommission zur Einsicht zugänglich gemacht. <sup>4</sup>Im Falle einer großen Berufungskommission beschließen die Fakultätsräte aller beteiligten Fakultäten entsprechend Satz 1 und 2. <sup>5</sup>Die Stellungnahmen der Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten, der Schwerbehindertenvertretung und der Studierenden sind zu dokumentieren und in der Beschlussfassung zu berücksichtigen.
- (3) Die oder der Vorsitzende der Berufungskommission wird an den Beratungen des Fakultätsrates über den Berufungsvorschlag beteiligt.
- (4) Bei der Beschlussfassung über den Berufungsvorschlag sind von den Mitgliedern des Fakultätsrates die Gruppe der Professoren, der Studierenden und der wissenschaftlichen Mitarbeiter stimmberechtigt (§ 3 Abs. 3 S. 4 GeschO des Senats). § 5 Abs. 3 gilt entsprechend.
- (5) <sup>1</sup>Stimmt der Fakultätsrat dem vorgelegten Berufungsvorschlag nicht zu, weist die Dekanin oder der Dekan ihn an die Berufungskommission zur Überarbeitung zurück und informiert das Präsidium. <sup>2</sup>Stimmt der Fakultätsrat bei erneuter Vorlage weiterhin dem Berufungsvorschlag der Berufungskommission nicht zu, kann er die Listenplätze mit veränderter Reihenfolge mit besonderer Begründung durch die Dekanin oder den Dekan beschließen.
- (6) <sup>1</sup>Berufungsvorschläge zu Professuren in der Lehrerausbildung sind der ständigen fakultätsübergreifenden Kommission für Lehramtsstudiengänge (FKL) von der Dekanin oder dem Dekan der/den betroffenen Fakultät(en) zur Stellungnahme vorzulegen. <sup>2</sup>Die FKL muss innerhalb von 2 Wochen nach Zugang des Berufungsvorschlages beim Vorsitzenden der Kommission ihre Stellungnahme abgeben. <sup>3</sup>Die der FKL zugegangenen Informationen sind vertraulich zu behandeln. <sup>4</sup>Der Vorsitzenden der FKL weist die Mitglieder darauf hin und macht dies in der Stellungnahme aktenkundig.

**§ 9  
Stellungnahme des Senats und Beschlussfassung zum Berufungsvorschlag  
im Präsidium und Stiftungsrat**

- (1) <sup>1</sup>Der Fakultätsrat legt den Berufungsvorschlag dem Präsidium mit der vollständigen Dokumentation (Bewerbungsunterlagen, Gutachten, Sitzungseinladungen und –protokolle, Verfahrensdokumentation) innerhalb von drei (3), spätestens vier (4) Monaten nach Abschluss der Vorstellungsgespräche, bzw. sechs (6) Monaten nach Ablauf der Bewerbungsfrist einschließlich der Stellungnahme der Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten (§

26 Abs. 2 S. 7 NHG) vor.<sup>2</sup>Der Berufungsvorschlag soll vom Präsidium zurückverwiesen werden, wenn die Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte eine Verletzung des Gleichstellungsauftrages geltend macht (§ 26 Abs. 2 S. 8 NHG).

- (2) <sup>1</sup>Das Präsidium setzt den Berufungsvorschlag auf die Tagesordnung des nächstmöglichen Senats und holt gem. § 26 Abs. 2 S. 7 NHG seine Stellungnahme ein.<sup>2</sup>Zu der Senatssitzung werden sowohl die oder der Vorsitzende der Berufungskommission als auch die Dekanin oder der Dekan der betroffenen Fakultät(en) eingeladen.
- (3) Das Präsidium entscheidet gem. § 26 Abs. 2 S. 9 NHG und § 11 Abs. 3 S. 5 der GO abschließend über den Berufungsvorschlag und legt ihn dem Stiftungsrat mit der Stellungnahme des Senates zur Prüfung und zur Entscheidung über die Berufung vor.

## § 10 Ruferteilung

- (1) Der Ruf wird gem. § 58 Abs. 2 S. 4 NHG vom Präsidium im Einvernehmen mit dem Stiftungsrat der ausgewählten Bewerberin oder dem ausgewählten Bewerber erteilt.
- (2) <sup>1</sup>Die Berufungsverhandlungen werden von der Präsidentin oder dem Präsidenten geführt.<sup>2</sup>Sie/Er kann die/den (ehemalige/n) Vorsitzende/n der Berufungskommission oder die Dekanin oder den Dekan zu Teilen der Berufungsverhandlungen hinzuziehen.<sup>3</sup>Gegenstand der Berufungsverhandlungen bei W2- oder W3-Professuren sind die persönlichen Bezüge sowie die personelle und sachliche Ausstattung.<sup>4</sup>Die Ergebnisse der Berufungsverhandlungen werden in einer von der Präsidentin/vom Präsidenten und der oder dem Berufenen unterschriebenen Berufungsvereinbarung schriftlich niedergelegt.
- (3) <sup>1</sup>Wenn eine Rufannahme nicht in angemessener Zeit, spätestens innerhalb von zwei (2) Monaten, erfolgt, kann das Präsidium die Berufungsverhandlungen in Abstimmung mit der Fakultät für beendet erklären und einen Ruf an die/den nächstplatzierten Kandidatin/Kandidaten erteilen, sofern hierzu Einvernehmen zwischen Präsidium und Stiftungsrat besteht.<sup>2</sup>In diesem Fall informiert der Präsident die/den Vorsitzende/n der (ehemaligen) Berufungskommission sowie das Dekanat.
- (4) <sup>1</sup>Berufungen von W2- und W3- Professuren, die gem. § 28 NHG zunächst auf die Dauer von drei, vier oder fünf Jahren erfolgen, können nach einer positiven Evaluation ein Jahr vor Ablauf dieser Frist in ein Dauerbeschäftigungsvorverhältnis umgewandelt werden.
- (5) Berufungen von Juniorprofessorinnen und Juniorprofessoren erfolgen gem. § 28 Abs. 4 NHG für die Dauer von drei (3) Jahren. Das Dienstverhältnis kann vom Präsidium auf Vorschlag des Fakultätsrats bei positiver Evaluation gem. der Richtlinie für die Zwischenevaluation von Juniorprofessuren der Leuphana Universität Lüneburg in der jeweils geltenden Fassung um bis zu drei Jahre verlängert werden.
- (6) Bei Juniorprofessuren mit Tenure Track wird gem. der Tenure Track-Richtlinie für Juniorprofessuren an der Leuphana Universität Lüneburg in der jeweils geltenden Fassung entschieden, ob sie in eine ordentliche W2- oder W3-Professur überführt werden.

## § 11 Gemeinsame Berufungsverfahren mit Forschungseinrichtungen, die keiner Hochschule angehören

<sup>1</sup>In Fällen, in denen die Leuphana Universität Lüneburg ein gemeinsames Berufungsverfahren gem. § 26 Abs. 7 NHG mit Forschungseinrichtungen, die keiner Hochschule angehören, durchführen will, wird das Berufungsverfahren gemäß der vorstehenden Berufungsordnung unter Einbezug einer Vertretung der Forschungseinrichtung als stimmberechtigtes Mitglied der Berufungskommission durchgeführt, sofern nicht in einer Kooperationsvereinbarung gesonder-

te Regelungen getroffen werden.<sup>2</sup> Dabei ist zu beachten, dass gem. § 16 Abs. 3 Satz 1 NHG die Hochschullehrergruppe in der Berufungskommission über die Mehrheit der Stimmen verfügt.<sup>3</sup> In der Regel wird für ein solches gemeinsames Verfahren eine große Berufungskommission gem. § 4 Abs. 2 der Berufungsordnung gebildet.

**§ 12  
Inkrafttreten**

Diese Berufungsordnung tritt nach Genehmigung durch das Präsidium am Tage nach ihrer Bekanntmachung im amtlichen Mitteilungsblatt der Leuphana Universität Lüneburg in Kraft.

## Auszug NHG

(3) Soweit es der Eigenart des Faches und den Anforderungen der Stelle entspricht, kann abweichend von den Absätzen 1 und 2 auch berufen werden, wer hervorragende fachbezogene Leistungen in der Praxis und pädagogisch-didaktische Eignung nachweist.

### § 26

#### Berufung von Professorinnen und Professoren

(1) <sup>1</sup>Professuren sind öffentlich auszuschreiben. <sup>2</sup>Von einer Ausschreibung kann abgesehen werden, wenn eine Juniorprofessorin oder ein Juniorprofessor auf eine Professur in einem Beamtenverhältnis auf Lebenszeit oder in einem unbefristeten Beschäftigtenverhältnis berufen werden soll oder wenn eine Professorin oder ein Professor auf Zeit im Anschluss an eine Erstberufung auf Dauer berufen werden soll; die Entscheidung trifft die nach § 48 Abs. 2 oder § 58 Abs. 2 für die Berufung von Professorinnen und Professoren zuständige Stelle auf Vorschlag der Hochschule. <sup>3</sup>Satz 2 ist entsprechend anwendbar, wenn das Absehen von einer Ausschreibung erforderlich ist, um eine Professorin oder einen Professor der Hochschule, die oder der ein Berufungsangebot von einer anderen Hochschule oder ein anderes Beschäftigungsangebot erhalten hat, durch das Angebot einer höherwertigen Professorenstelle an der Hochschule zu halten.

(2) <sup>1</sup>Der Fakultätsrat ist zuständig für die Erstellung des Berufungsvorschlags. <sup>2</sup>Er richtet zu dessen Vorbereitung im Einvernehmen mit dem Präsidium eine Berufungskommission ein, die nach Gruppen (§ 16 Abs. 2 Satz 4) zusammenzusetzen ist. <sup>3</sup>Die Mitwirkung externer Hochschullehrerinnen und Hochschullehrer ist zu gewährleisten. <sup>4</sup>Mitglieder der MTV-Gruppe haben in der Berufungskommission kein Stimmrecht. <sup>5</sup>Mindestens 40 vom Hundert der stimmberechtigten Mitglieder sollen Frauen sein und die Hälfte davon soll der Hochschullehrergruppe angehören; Ausnahmen bedürfen der Zustimmung der Gleichstellungsbeauftragten. <sup>6</sup>Die Berufungskommission gibt gegenüber dem Fakultätsrat eine Empfehlung ab. <sup>7</sup>Der Fakultätsrat beschließt den Berufungsvorschlag und legt ihn über den Senat, der dazu Stellung nimmt und ihn einmal zurückverweisen kann, mit einer Stellungnahme der Gleichstellungsbeauftragten dem Präsidium vor. <sup>8</sup>Der Berufungsvorschlag soll vom Präsidium zurückverwiesen werden, wenn die Gleichstellungsbeauftragte eine Verletzung des Gleichstellungsauftrags geltend macht; § 42 Abs. 4 Satz 3 gilt entsprechend. <sup>9</sup>Das Präsidium entscheidet über den Berufungsvorschlag und legt ihn dem Fachministerium oder dem Stiftungsrat mit der Stellungnahme des Senats zur Entscheidung vor.

(3) <sup>1</sup>Wenn eine Fakultät aus Gründen der Hochschulentwicklung oder zur Qualitätssicherung insgesamt oder in einem wesentlichen Teil grundlegend neu strukturiert werden soll, so kann das Präsidium nach Anhörung des Senats und im Einvernehmen mit dem Fachministerium oder dem Stiftungsrat beschließen, dass hierfür die Berufungskommission abweichend von

## Auszug NHG

Absatz 2 ausschließlich mit externen Professorinnen und Professoren sowie mit gleichermaßen geeigneten Personen besetzt werden kann.<sup>2</sup> In einem solchen Fall gehört der Berufungskommission im Übrigen je eine Vertreterin oder ein Vertreter der Mitarbeiter- und Studierendengruppe als nicht stimmberechtigtes Mitglied an.<sup>3</sup> Die Berufungskommission gibt gegenüber dem Präsidium eine Empfehlung ab, zu der der Fakultätsrat, der Senat und die Gleichstellungsbeauftragte Stellung nehmen.<sup>4</sup> Absatz 2 Sätze 8 und 9 gilt entsprechend.

(4) <sup>1</sup>Der Berufungsvorschlag soll drei Personen umfassen, ihre persönliche Eignung und fachliche Leistung besonders in der Lehre eingehend und vergleichend würdigen und die gewählte Reihenfolge begründen. <sup>2</sup>Über die Leistungen in Wissenschaft oder Kunst einschließlich der Lehre sind Gutachten auswärtiger sachverständiger Personen einzuholen, die in der Regel vergleichend zu den in die engere Wahl gezogenen Bewerbern Stellung nehmen sollen. <sup>3</sup>Auf Gutachten im Sinne des Satzes 2 kann verzichtet werden, wenn der Berufungskommission mindestens drei externe Mitglieder angehört haben. <sup>4</sup>Personen, die sich nicht beworben haben, können mit ihrem Einverständnis berücksichtigt werden. <sup>5</sup>Bei einer Berufung auf eine Professur können Juniorprofessorinnen und Juniorprofessoren der eigenen Hochschule nur dann berücksichtigt werden, wenn sie nach der Promotion die Hochschule gewechselt hatten oder mindestens zwei Jahre außerhalb der berufenden Hochschule wissenschaftlich tätig waren. <sup>6</sup>Bei der Berufung auf eine Professur können sonstige Mitglieder der eigenen Hochschule nur bei besserer Eignung als andere Bewerberinnen und Bewerber und bei Vorliegen der Voraussetzungen des Satzes 5 berücksichtigt werden.

(5) Professorinnen und Professoren werden auf Vorschlag der Hochschule nach § 48 Abs. 2 oder § 58 Abs. 2 berufen.

(6) <sup>1</sup>Das Präsidium kann ohne Durchführung eines Berufungsverfahrens eine geeignete Person beauftragen, eine Professur übergangsweise in einem öffentlich-rechtlichen Dienstverhältnis eigener Art zu verwalten. <sup>2</sup>Die §§ 61 bis 64, 66, 68 bis 71, 78, 80, 81 bis 83, 85 bis 88, 95, 96, 98 bis 103 und 105 bis 108 NBG, die Vorschriften des Beamtenversorgungsgesetzes über die Versorgung der Ehrenbeamten sowie die für Professorinnen und Professoren im Beamtenverhältnis geltenden Vorschriften dieses Gesetzes sind entsprechend anzuwenden.

(7) Die Hochschulen können zur Besetzung von Professuren gemeinsame Berufungsverfahren mit Forschungseinrichtungen, die keiner Hochschule zugehören, durchführen; das Nähere regelt die Grundordnung unter Beachtung der Absätze 2 und 3.

**Auszug Grundordnung:**

## § 11 Berufungsverfahren

(1) <sup>1</sup>Professuren werden vom Präsidium nach Beteiligung der Dekanekonferenz öffentlich ausgeschrieben. <sup>2</sup>Der Ausschreibung soll eine Beobachtung und Analyse des potentiellen Bewerberinnen- und Bewerberfeldes durch die Vertreterinnen und Vertreter des Faches vorausgehen. <sup>3</sup>Die Ausschreibung soll nur erfolgen, wenn die Analyse eine qualifizierte Besetzung der Stelle in absehbarer Zeit erwarten lässt. <sup>4</sup>Der Fakultätsrat verabschiedet einen fachlich begründeten Entwurf eines Ausschreibungstextes. <sup>5</sup>Die Ausschreibung soll aus der Entwicklungsplanung abgeleitet sein.

(2) <sup>1</sup>Der Fakultätsrat der Fakultät, dem die Professur fachlich zugeordnet ist, bildet eine Berufungskommission mit fünf stimmberechtigten Mitgliedern, von denen drei der Hochschullehrergruppe und je ein Mitglied der Mitarbeiter- und der Studierendengruppe angehören; ein Mitglied der MTV-Gruppe gehört der Berufungskommission mit beratender Stimme an. <sup>2</sup>Die Dekanin oder der Dekan nimmt ohne Stimmrecht als beratendes Mitglied an den Sitzungen der Berufungskommission teil. <sup>3</sup>Die Berufungskommission wählt aus der Mitte ihrer stimmberechtigten und beratenden Mitglieder eine Vorsitzende oder einen Vorsitzenden. <sup>4</sup>Hat die Professur fachliche Bezüge zu mehreren Fakultäten, kann eine aus zehn stimmberechtigten Mitgliedern bestehende Berufungskommission gebildet werden (große Berufungskommission), von denen sechs der Hochschullehrergruppe und je zwei der Mitarbeiter- und der Studierendengruppe angehören; zwei Mitglieder der MTV-Gruppe gehören einer solchen Berufungskommission mit beratender Stimme an. <sup>5</sup>Die Entscheidung über die Bildung einer großen Berufungskommission sowie darüber, welche Fakultäten mit wie vielen Mandaten in welcher Gruppe zu beteiligen sind, trifft das Präsidium im Benehmen mit der Dekanekonferenz. <sup>6</sup>Jeder Berufungskommission soll in der Hochschullehrergruppe mindestens ein auswärtiges Mitglied angehören; hiervon können mit Zustimmung des Präsidiums Ausnahmen zugelassen werden. <sup>7</sup>Die Berufungskommission gibt gegenüber dem Fakultätsrat eine Empfehlung ab.

(3) <sup>1</sup>Der Fakultätsrat beschließt den Berufungsvorschlag. <sup>2</sup>Im Falle einer großen Berufungskommission beschließen die Fakultätsräte der beteiligten Fakultäten den Berufungsvorschlag auf einer gemeinsamen Sitzung. <sup>3</sup>Der Fakultätsrat legt den Berufungsvorschlag mit einer Stellungnahme der Frauen- und Gleichstellungsbeauftragten über den Senat, der dazu Stellung nehmen kann, dem Präsidium zur Entscheidung vor. <sup>4</sup>Der Vorschlag ist vom Präsidium zurückzuweisen, wenn die Frauen- und Gleichstellungsbeauftragte eine Verletzung des Gleichstellungsauftrages geltend macht; § 42 Abs. 4 Satz 3 NHG gilt entsprechend. <sup>5</sup> Das Präsidium entscheidet abschließend über den Berufungsvorschlag und legt ihn dem Stiftungsrat zur Prüfung und zur Entscheidung über die Berufung vor. <sup>6</sup>Das Nähere regelt eine Berufungsordnung.